

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES AUSSCHUSSES FÜR
KULTUR, BILDUNG UND
SOZIALES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
03. KBS 2014-2020
Sitzungsdatum:
11.03.2015

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 11.03.2015

Unter dem Vorsitz von Dr. Sascha Derichs versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.11.2014
2. Eine Einrichtung stellt sich vor - Alten- und Pflegeheim St. Josef gGmbH
3. Teilweise Aufhebung eines Ratsbeschlusses - Freigabe der Wände der Sporthalle zur legalen Anbringung von Graffiti
4. Schenkung - Treppenlift am Schloss Zweibrüggen
5. Bericht der Verwaltung über die derzeitige und zu erwartende Aufnahmesituation und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Übach-Palenberg
6. Gründung eines Förderschulzweckverbandes Heinsberg-Gangelt
7. Senioren- und Behindertenbeirat - Bericht der Verwaltung über den aktuellen Sachstand und die weitere Vorgehensweise
8. Bericht über den städtischen Seniorenschounachmittag 2014 sowie Festlegung des Veranstaltungstermins für das Jahr 2015
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
10. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

11. Beschluss über den Preisträger des Kunst- und Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg 2015

12. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
13. Erweiterungen zur Tagesordnung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sven Bildhauer	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Herr Artur Wörthmann	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Bernhard Brade	CDU	
Herr Lars Kohnen	CDU	
Frau Alina Quintana Schmidt	CDU	als Vertreterin für Stadtverordneten Gottschalk
Frau Marion Wissing	B'90/Die Grünen	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Frau Monika Lux	CDU

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Tanja Krottenmüller	
Herr Karl-Heinz Larsson	
Frau Hennes	als Vertreterin für Frau Lichtenberg
Frau von Tongelen	A als Vertreterin für Frau Pollex
Frau Elisabeth Schaffrath	
Frau Petra Hanrath	

Abwesende sachkundige Bürger

Herr Heinrich-Josef Frings	UWG
----------------------------	-----

Abwesende sachkundige Einwohner

Frau Elina Schäfer	Bündnis 90/ Die Grünen
--------------------	------------------------

Abwesende Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred Ehmig
Frau Doris Esser
Frau Martina Eichler
Herr Dr. Hans Münstermann
Herr Gerd Schindler

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Stadtverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtamtsrat Dieter Gudehus
Frau Stadtamtsfrau Maike Simunovic
Frau Stadtamtsinspektorin Martina Waliczek
Herr Thomas de Jong

Schriftführer

Frau Stadtoberinspektorin Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, Vertreter der Schulen, den Gast zu Tagesordnungspunkt 2 Herrn Quasten vom Alten- und Pflegeheim St. Josef gGmbH sowie den Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung fristgerecht zugestellt wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Es lagen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Stadtverordneter Walther sagte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete Fürkötter teilte mit, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.11.2014

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vom 13.11.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Eine Einrichtung stellt sich vor - Alten- und Pflegeheim St. Josef gGmbH

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs erklärte dem Ausschuss, dass er Herrn Quasten als Geschäftsführer des Alten- und Pflegeheims St. Josef eingeladen habe, damit dieser dem Ausschuss seine Einrichtung vorstellen könne. Einige Ausschussmitglie-

der hätten an der vorher angebotenen Besichtigung teilgenommen, diese sei sehr informativ gewesen. Herr Quasten werde nun noch eine Präsentation halten, um die Informationen zu vertiefen.

Herr Quasten bedankte sich für die Einladung und stellte die Alten- und Pflegeheim St. Josef gGmbH vor, zu der das Altenheim, die Tagespflege sowie der mobile Mittagstisch gehören. Seine Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt. Neben der Vorstellung der Einrichtungen ging er auch auf die Entwicklungen in der stationären Pflege und der Kurzzeitpflege ein sowie auf die Sterberate im Altenheim. Abschließend thematisierte er die Quartiersentwicklung und bot die Beteiligung und Mitarbeit bei Abstimmungsprozessen der Stadt Übach-Palenberg an. Es sei wichtig, dass alle Akteure zusammenkommen und gemeinsame Ziele sowie gewünschte Versorgungsstrukturen etc. besprechen.

Stadtverordnete Fürkötter bedankte sich für die informative Präsentation und sagte, dass ihr die Besichtigung sehr gut gefallen habe. Sie erkundigte sich, ob die ehrenamtliche Arbeit im Altenheim zugenommen habe und wie die jetzige Situation sei.

Herr Quasten erklärte, dass die Ehrenamtler im Altenheim freiwillige Mitarbeiter heißen. Insgesamt gebe es derzeit 20 freiwillige Mitarbeiter, die in unterschiedlichen Feldern arbeiten. Es gebe eine Koordinatorin im Altenheim, die die Einarbeitung und Fortbildung der freiwilligen Mitarbeiter manage. Als Beispieltätigkeit für freiwillige Mitarbeiter nannte er die Organisation von Spielnachmittagen. Bingo käme bei den Bewohnern super an. Glücklicherweise habe man nun auch einen freiwilligen Mitarbeiter der Schach spiele, eine Anfrage über den Schachverein sei leider ins Leere verlaufen. Insgesamt könne das Altenheim jedoch noch mehr freiwillige Mitarbeiter gebrauchen.

Stadtverordneter Walther ging auf die in der Präsentation genannten Entwicklungen ein. Die Verteilung auf die Pflegestufen sei gleich geblieben, die Sterberate sei in letzten Jahren jedoch drastisch gestiegen. Könne man den Umkehrschluss ziehen, dass die Bewohner immer älter seien?

Herr Quasten erklärte, dass das Einzugsalter der Bewohner erheblich angestiegen sei. Vor drei, vier Jahren habe das Einzugsalter noch bei circa 80 Jahren gelegen, nun liege es bei 83 bis 84 Jahren. Das Durchschnittsalter sei 84 Jahre. Die Menschen würden erst im allerletzten Lebensabschnitt ins Altersheim ziehen, wenn die gesundheitliche Entwicklung absehbar sei. Viele Menschen aus den hohen Pflegestufen würden sterben. Diese Entwicklung bereite Probleme bei der Umsetzung der Angebote für die Bewohner.

Stadtverordnete Fürkötter fragte, ob es Herrn Quastens Meinung nach genug Pflegeplätze in Übach-Palenberg gebe oder ob die alten Menschen auf die Nachbarstädte ausweichen müssten.

Herr Quasten antwortete, dass das Altenheim St. Josef aktuell vier freie Plätze habe. Die Einschätzung der Gesamtsituation sei sehr komplex, man könne meistens nur eine Momentaufnahme wiedergeben, da es wirklich auch ein Tagesgeschäft sei. Anfang Januar habe es beispielsweise so viele Anfragen gegeben, dass ein Anbau nötig gewesen wäre, um alle anfragenden Menschen unterzubringen. Für besondere Härtefälle gebe es jedoch dann das Notfallpflegenetz des Kreises Heinsberg. Um

den Bedarf an Pflegeplätzen einschätzen zu können, führe der Kreis auch Hochrechnungen durch. Das Land sehe derzeit bei Pflegefällen nur die ambulante oder die stationäre Pflege vor, es gebe jedoch auch andere Formen wie zum Beispiel ambulant betreute Wohngemeinschaften. Die Bedürfnisse der Menschen würden sich verändern, was in der Zukunft sicherlich noch zu vielen Fragen führen würde. Das Alten- und Pflegeheim St. Josef gGmbH sei daher sehr offen für die Entwicklung im Bereich der Pflege.

Stadtverordnete Fürkötter erkundigte sich, was ein Pflegeplatz im Altenheim bei einer Pflegestufe I koste.

Herr Quasten antwortete, dass ein stationärer Pflegeplatz mit der Pflegestufe I um die 3.000 € pro Monat koste. Wenn man Anrecht auf Pflegewohngeld habe, erhalte man einen Investitionssatz in Höhe von 643 €, man müsse jedoch beachten, dass nicht mehr Vermögen als 10.000 € vorhanden sein dürfe, um Pflegewohngeld zu erhalten. Dazu komme noch der Teilkaskobetrag der Pflegeversicherung von circa 1.064 €. Insgesamt würden dann circa 1.700 € der monatlichen Kosten in Höhe von 3.000 € übernommen werden. Wenn ein Mensch folglich eine angemessene Rente habe, könne er sich den Heimplatz leisten. Er stellte jedoch die kritische Frage, wer in der Zukunft noch eine Rente von 1.400 € bis 1.500 € haben werde.

Stadtverordnete Fürkötter fragte, ob die Bewohner noch ein zusätzliches Taschengeld haben.

Herr Quasten antwortete, dass Sozialhilfeempfängern ein monatliches Taschengeld von 105,37 € zustehe. Dieses werde dann beispielsweise für auswärtige Café-Besuche, Seife oder Eis ausgegeben.

Sachkundiger Einwohner Gerschel lobte, dass die Alten- und Pflegeheim St. Josef gGmbH die Reinigung der Einrichtungen intern vergeben habe.

Herr Quasten erklärte, dass die Hausreinigung, die Küche sowie die Wäscherei von eigenen Mitarbeitern betrieben werden. Insgesamt gebe es 80 Vollzeitstellen, die sich aktuell auf 140 Mitarbeitern verteilen. Es sei nicht einfach, die ganzen Arbeiten durch eigene Mitarbeiter erledigen zu lassen. Würde man jedoch alles fremd vergeben, würde dies zu einem hohen Qualitätsverlust führen. Diese Erfahrung hätten Kollegen anderer Einrichtungen leider machen müssen.

Stadtverordnete Czervan-Quintana Schmidt erkundigte sich nach der Arbeit des Sozialen Dienstes und fragte, ob die angebotenen Freizeitaktivitäten auch wohngruppenübergreifend durchgeführt werden.

Herr Quasten antwortete, dass wohngruppenübergreifende Aktivitäten gewünscht und auch Teil der Konzepte seien. Theoretisch sei dies auch möglich, wenn die Bewohner fit genug seien. Der Soziale Dienst verbringe jedoch auch sehr viel Zeit mit Rollstuhlfahrern und bleibe aufgrund des Zeitaufwandes dann die meiste Zeit in der Gruppe und wechsele nicht in andere.

Stadtverordnete Czervan-Quintana Schmidt sprach die bisher fehlgeschlagene Beteiligung des Schachvereins an und bot an, sich für das Schachangebot im Altenheim einzusetzen, da sie enge Verbindungen zum Verein habe.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs sagte, dass viele der Ausschussmitglieder enge Verbindungen zu Vereinen und anderen Einrichtungen hätten. Jeder der Ideen für Kooperationen oder Angebote habe, könne gerne eine Verbindung zum Altenheim herstellen. Er selber habe auch noch zwei Fragen an Herrn Quasten. Er fragte, ob das Essen des mobilen Mittagstisches sich je nach Abnehmer unterscheide. Kindergärten und Schulen, die neben den alten Menschen beliefert würden, hätten beim Thema Essen andere Bedürfnisse und Wünsche. Desweiteren erkundigte er sich nach Verbindungen zu Schulen und ob es möglich sei, ein Freiwilliges Soziales Jahr im Altenheim zu absolvieren oder Praktika.

Herr Quasten antwortete, dass das Essen abgewandelt werde und man sich bezüglich der Essenswünsche auch mit den Kindergärten austausche. Momentan beliefere der mobile Mittagstisch nur Kindergärten, in der Vergangenheit seien jedoch auch Offene Ganztagschulen beliefert worden. Bezüglich Kooperationen mit Schulen nannte er den jährlichen Beitrag der KGS Übach an der Adventsfeier des Altenheims, der von der Lehrerin Frau von Tongelen begleitet werde. Auch der Literaturarbeitskreis des Gymnasiums besuche einmal im Jahr das Altenheim und führe sein Stück auf. Seitens der Gesamtschule gebe es eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft für Schüler, bei der die Schüler nachmittags für je eine $\frac{3}{4}$ Stunde die Betreuung von Bewohnern übernehmen. Derzeit bestehe die AG aus 13 Schülern, die in der Zeit von 13.00 Uhr bis 14.45 Uhr die AG besuchen. Die Initiative sei jedoch noch verbesserungsfähig, da viele Bewohner in dem genannten Zeitraum schlafen und die Schüler hungrig und abgehetzt seien, da sie in dem Zeitraum den Weg von der Schule bis zum Altenheim zurücklegen müssen und vorab schon von morgens den Unterricht besucht haben. Schülerpraktika im Altenheim seien möglich, jährlich würden circa 10 bis 15 Plätze vergeben. Desweiteren könne man auch eine Ausbildung zur Pflegefachkraft im Altenheim absolvieren. Bei der Vergabe der Ausbildungsplätze achte er unter anderem darauf, dass auch Bewerber aus dem Stadtgebiet eingestellt werden. Abschließend wies Herr Quasten auf die offene Frage bezüglich der zukünftigen Entwicklung und Zusammenarbeit in seiner Präsentation hin und fragte, ob die Verwaltung oder die Ausschussmitglieder schon darauf antworten möchten.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs erklärte, dass man sich vor der Beantwortung der offenen Fragen beraten müsse. Er bedankte sich bei Herrn Quasten für die Teilnahme an der Sitzung und die vielen Informationen und schilderte dem Ausschuss, dass er zukünftig gerne bei jeder Ausschusssitzung Einrichtungen oder Vereine besuchen und einladen möchte, damit diese sich vorstellen können. Anregungen und Vorschläge der Ausschussmitglieder berücksichtige er gerne.

3 Teilweise Aufhebung eines Ratsbeschlusses - Freigabe der Wände der Sporthalle zur legalen Anbringung von Graffiti

Stadtverordnete Fürkötter fragte, ob der städtische Streetworker in der zu beratenden Angelegenheit eingebunden worden sei und wie in der Vergangenheit mit den zu besprayenden Flächen verfahren wurde. Sie interessiere sehr die Meinung des Streetworkers zur Aufhebung der Freigabe der Wände zur legalen Anbringung von Graffiti.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass der Ratsbeschluss aus Sicher-

heitsgründen aufgehoben werden müsse. Diese seien in der Sitzungsvorlage von der Verwaltung erläutert worden. Ein maßgebliches Sicherheitskriterium sei, dass durch die besprayten Fenster der Turnhallen keine Licht falle und es zu Unfällen kommen könnte. Er schätzte, dass der Streetworker wahrscheinlich auf der Seite der Jugendlichen sein würde, dies im vorliegenden Falle jedoch nicht maßgebend sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs fragte, warum die Angelegenheit im KBS behandelt werde, wenn es in der Vorlage doch um Bauschäden gehe. Sei der Bauausschuss nicht das zuständige Gremium?

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass in der Vergangenheit der Grundstein für den Ratsbeschluss im Sozialausschuss gelegt wurde und die Verwaltung daher auch die Beratungsfolge der Vergangenheit bei der teilweisen Aufhebung des Ratsbeschluss einhalten wolle.

Stadtverordneter Walther signalisierte, dass die CDU-Fraktion der Beschlussempfehlung folgen werde. Er fragte, ob es bei der Sprayerwand im Stadtteil Frelenberg ähnliche Probleme gebe.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass die Wand in Frelenberg eine separate Wand sei und keine Fassade. Dort gebe es keine Probleme. Bei der Einrichtung der Sprayerwände sei ihm von einem Kodex unter Sprayern berichtet worden, dass diese die Werke anderer Sprayer nicht übersprühen. Leider habe er feststellen müssen, dass sich die Sprayer an den Wänden der Turnhalle in Übach nicht an diesen Kodex halten und ein „Überboarding“ stattfände. Leider hätten die Sprayer auch über die zugewiesenen Flächen hinaus ihre Farbe angebracht und beispielsweise die Fenster zugesprayt. Dort sei eine permanente Reinigung notwendig. Seiner Meinung nach, sei der Standort in Übach nicht glücklich gewählt worden, da eine soziale Kontrolle nicht wirklich möglich sei. In Frelenberg sehe dies ganz anders aus.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz berichtete, dass zeitnah im städtischen Jugendzeitraum ein Graffitikurs gegeben werde, bei dem unter anderem auch das illegale Spraying im öffentlichen Raum behandelt werde, um die Jugendlichen über den Straftatbestand aufzuklären.

Sachkundiger Einwohner Gerschel sagte, dass bei dem Beschluss aus dem Jahr 2008 die Wände für Graffiti freigegeben wurden und nicht die Fenster, von denen jetzt unter anderem die Probleme ausgingen. Er fragte, ob es in der Vergangenheit eine Kontrollaufsicht gegeben habe, ob beispielsweise das Ordnungsamt die Aktivitäten überprüft habe. Er thematisierte die im BSO-Ausschuss festgestellte positive Entwicklung im Bereich der Otto-von-Hubach-Straße und sagte, dass er nicht wisse, was passiere, wenn wieder ein Verbot für Graffiti in diesem Bereich aufgestellt werde. Er erkundigte sich nach den Maßnahmen zur Reinigung der Wände und den Folgekosten.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass das Anbringen der Graffiti bei einem konsequenten Verbot den Tatbestand einer Straftat erfüllen würde. Der Bereich der Turnhallen müsse gesäubert und gereinigt werden, das liege dann jedoch im Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses.

Sachkundiger Einwohner Gerschel erkundigte sich, was geschehe, wenn keine

Reinigung durchgeführt werde.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass sich dann im Inneren ein Schimmelpilz bilden könnte, der ins Gebäude eindringt. Dies könne dazu führen, dass das Gebäude stillgelegt werden müsse. Er wies darauf hin, dass dies jedoch das schlimmste anzunehmende Szenario sei und die Stadt Übach-Palenberg es nicht darauf ankommen lassen wolle.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs wies darauf hin, dass in der Sitzungsvorlage jedoch nur stehe, dass solche Schäden eintreten können und nicht, welche Schäden schon eingetreten seien.

Sachkundiger Einwohner Gerschel fragte, ob eine Alternative für die Sprayer in Übach angedacht sei.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass die Verwaltung erst das vorliegende Problem lösen möchte und anschließend die Problematik mit dem Streetworker und dem Jugendzentrum erörtern werde.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs merkte kritisch an, dass die Verwaltung in der Vergangenheit bei der Graffitiwand vielleicht nicht genau genug hingeguckt habe, wo gesprayt wird. Er fragte, wie die Verwaltung zukünftig kontrollieren wolle, dass nicht mehr gesprayt wird.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass er dies als Vorwurf an die Verwaltung werte. Die Verwaltung sei personell nicht in der Lage die Wände der Sporthalle 24 Stunden pro Tag, 7 Tage die Woche zu kontrollieren.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, dass die Verwaltung den Bereich selbstverständlich kontrollieren werde. Er habe bereits mit Fachleuten über verschiedene Möglichkeiten gesprochen. Der Einsatz von Kameras zur Überwachung sei beispielsweise schwierig, da strenge Maßstäbe beim Einsatz von Kameras im öffentlichen Raum gelten und auch die Identifizierungschancen der Täter gering seien. Daher habe die Verwaltung dies nicht als Lösung angedacht. Er wies auf andere Bereiche der Stadt Übach-Palenberg hin, wie beispielsweise den Bahnhof, bei dem sich Schäden durch Vandalismus und Schmierereien leider auch nicht verhindern ließen. Er könne alle Einwohner der Stadt nur dazu aufrufen sich selber so zu verhalten und die Kinder dahingehen zu erziehen, dass öffentliches Eigentum so wie privates Eigentum zu behandeln ist. Dies finge beim kleinen Vergehen wie einen Kaugummi auf der Straße zu entsorgen an und ende bei Extremfällen. Abschließend versicherte er dem Ausschuss, dass die Stadt mit den möglichen Ressourcen den Bereich der Sporthallen aufmerksam überprüfen werde. Über möglichst resistente Materialien etc. werde dann der Bauausschuss entscheiden.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs stellte klar, dass er keinen Überwachungsstaat fordere oder für das Besprayen verbotener Flächen sei, im Gegenteil- er sei froh, dass das Jugendzentrum Aufklärungsarbeit leiste. Ihm sei jedoch wichtig, dass beachtet werde, dass hinter dem Antrag der Jugendlichen aus dem Jahr 2008 auch eine Intention gesteckt habe. Er könne nicht einschätzen, ob die Jugendlichen, die damals Wände zum Besprayen gefordert hatten, ihr Interesse an den Wänden aufrecht erhalten.

Stadtverordnete Czervan-Quintana Schmidt erklärte, dass im Jahr 2008 der Vorschlag seitens des Jugendforums eingebracht worden sei. Damals habe es in Übach-Palenberg ein Spayerproblem gegeben. Ihre subjektive Einschätzung sei, dass die Schmierereien zurückgegangen sind. Sie erkundigte sich nach der Einschätzung der Verwaltung zur aktuellen Situation.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass die Schmierereien an Gebäuden zurückgegangen seien. Er führe dies jedoch auf die Verschärfung des Strafrechts zurück.

Sachkundiger Einwohner Gerschel merkte an, dass man auch schlussfolgern könne, dass die Sprayer zwei legale Möglichkeiten in Übach-Palenberg hatten und die illegalen Schmierereien daher zurück gegangen seien. Man könne den Rückgang auf beide Möglichkeiten zurückführen.

Stadtverordneter Walther fasste zusammen, dass es damals im Jahr 2008 noch keine legale Spraymöglichkeit gegeben habe. Anschließend seien zwei legale Plätze geschaffen worden, wovon ein Standort aufgrund der von der Bausubstanz ausgehenden Gefahr aufgehoben werden müsse. Der Standort Frelenberg mit seiner funktionierenden Spraywand bleibe jedoch bestehen.

Stadtverordnete Fürkötter wies darauf hin, dass Verbote in den seltensten Fällen zur Einhaltung führen würden. Sie bat darum, die Jugendlichen und die Streetworker in die Angelegenheit mit einzubeziehen, um das derzeitige Interesse an einer Graffitiwand einschätzen zu können und um eine alternative Lösung für die Sprayer in Übach zu finden.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz sagte, dass er diese Fragestellung gerne an den Streetworker und das Jugendzentrum weitergebe. Diese könnten feststellen, ob weiterhin ein Bedarf bestehe oder ob sich die Sprayerszene in Übach-Palenberg verändert habe.

Beschlussempfehlung:

Der Beschluss des Rates aus der Ratssitzung am 21.10.2008, Top10, Punkt 1, wird teilweise aufgehoben. Das Anbringen von Graffiti an den Wänden der Sporthalle des Schulzentrums wird ab sofort wieder untersagt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

4 Schenkung - Treppenlift am Schloss Zweibrücken

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs sprach seinen ausdrücklichen Dank an den Verein Freunde der Kammermusik in Übach-Palenberg e.V. aus und wünschte dem Verein weiterhin alles Gute.

5 Bericht der Verwaltung über die derzeitige und zu erwartende Aufnahmesituation und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Übach-Palenberg

Stadtamtsrat Gudehus berichtete über die aktuelle Flüchtlingssituation in Übach-Palenberg. Nach aktuellem Stand seien 130 Flüchtlinge und Asylbewerber im Stadtgebiet untergebracht, die Tendenz sei weiterhin steigend.

20 der 130 Asylbewerber stammen aus den Gebieten Syrien und Irak. Die Asylbewerber aus diesen Gebieten würden schnell anerkannt werden und dann ins SGB II fallen. Hier ende dann die Zuständigkeit der Stadt Übach-Palenberg.

Zur Wohnraumsituation berichtete er, dass seit der Einführung des „Runden Tisches“ bei den Vermietern die Bereitschaft erheblich gestiegen sei, Wohnraum an Asylbewerber zu vermieten. Erst am heutigen Tag habe man so sehr unkompliziert eine 5-köpfige Familie aus Albanien unterbringen können.

Trotzdem werde die Containerlösung für den Hangweg realisiert, dort entstehe Platz für weitere 26 bis 30 Personen. Insgesamt merkte er an, dass niemand wisse, wie sich die Flüchtlingssituation in der Zukunft entwickle und es schwierig sei, sich darauf vorzubereiten. Die Fertigstellung der Container würde seiner Meinung nach auf jeden Fall zu einer Entlastung führen. Er erklärte den Ausschussmitgliedern, dass Familien wesentlich einfacher vermittelt werden, als ledige Männer.

Zu den Kosten berichtete er, dass die Stadt im Jahr 2014 im Bereich Asyl Ausgaben von 379.848 € hatte. Den Ausgaben seien Einnahmen in Höhe von 147.224 € aus Landeszuweisungen gegenüberzustellen. Somit habe es im Jahr 2014 einen ungedeckten Betrag in Höhe von 232.624 € gegeben. 2015 habe die Stadt Übach-Palenberg bereits im 1. Quartal 157.652 € ausgegeben, für das ganze Jahr habe das Land der Stadt 353.433 € zugewiesen.

Stadtverordneter Walther merkte an, dass dies viele Zahlen in kurzer Zeit seien. Herr Gudehus habe von 130 zu versorgenden Asylbewerbern gesprochen, für wie viele reiche die Luft noch?

Stadtamtsrat Gudehus antwortete, dass die genannten Zahlen gerne dem Protokoll beigelegt werden können (**Anlage 2**). Eine Prognose zu der Zahl der Asylbewerber sei schwierig, denn die Situation könne sich täglich ändern.

Stadtverordneter Walther sprach die Unterdeckung im Haushalt an. Wenn er die Kosten des 1. Quartals von 157.000 € mal vier rechne, käme er für das Haushaltsjahr 2015 bereits auf Ausgaben in Höhe von 628.000 €.

Stadtamtsrat Gudehus erklärte, dass auch im Bereich der Kosten eine Prognose schwierig sei, da einige Flüchtlinge aus den Krisengebieten Irak und Syrien in das SGB II fallen werden und die Stadt dann nicht mehr zuständig sei.

Stadtverordnete Fürkötter bemängelte, dass sie zu dem Tagesordnungspunkt gerne eine schriftliche Vorlage erhalten hätte. Desweiteren fragte sie, ob die Stadt Übach-Palenberg ein Konzept habe, um mit der Flüchtlingssituation besser umgehen zu können. Bei der Unterbringung der vielen ledigen Männer seien Probleme beispielsweise schon vorprogrammiert. Sie fragte, wie andere Städte vorgehen und ob schon ein Austausch stattgefunden habe.

Stadtamtsrat Gudehus antwortete, dass ein Austausch in Form des „Runden Tisches“ stattgefunden habe. Bei diesem hätten sich Vereine, eine Bürgerinitiative, Privatpersonen, Vertreter der katholischen Kirche und evangelischen Freikirche etc. zusammengesetzt und ausgetauscht. Aus dieser Runde seien schon viele Initiativen hervorgegangen, wie beispielsweise die Unterstützung bei Behördengängen, die Organisation von fehlendem Hausrat, kostenloser Deutschunterricht oder einfach gemeinsame Spaziergänge. Desweiteren bestehe eine Kooperation mit der AWO. Dort können die Asylbewerber auf freiwilliger Basis gemeinnützige Arbeit leisten und etwas dazu verdienen. Die Arbeiten im Bereich der Grünpflege würden grundsätzlich jedoch nicht zur Aufstockung des monatlichen Geldbetrages dienen, sondern im Wesentlichen dazu beitragen, soziale Kontakte zu knüpfen und einen geregelten Tagesablauf zu haben. Bei den Personen, die an dieser Maßnahme teilnehmen, sei kein Aggressionspotenzial zu beobachten.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass die Erstellung einer konkreten Prognose sehr schwierig sei. Er habe bereits Gespräche mit anderen Bürgermeistern und dem Städte- und Gemeindebund geführt, niemand wisse wer zukünftig kommt oder wie viele Asylbewerber der Stadt zugewiesen werden. Die Städte haben keinen Einfluss auf die Anzahl und die Zeitpunkte der Zuweisungen, daher seien planerische Maßnahmen sehr schwierig. Man könne nur mutmaßen und Wohnraum suchen. Aus dem „Runden Tisch“ solle sich bestenfalls eine Eigendynamik und ein stetiger Austausch entwickeln. Die Flüchtlinge sollen in Übach-Palenberg auf eine Willkommensstruktur stoßen. Teilweise sei der Aufenthalt in Übach-Palenberg jedoch nur ein kurzer Zeitraum, da der Zeitpunkt bis zur Abschiebung verkürzt wurde. Beispielsweise werde so ein hoher Prozentsatz an Flüchtlingen aus dem Kosovo schneller zurückgeschickt. Versuche zur Integration der Flüchtlinge seien nie schlecht, es sei jedoch schwierig. Die Kirchen würden sich sehr im Bereich der Flüchtlingshilfe engagieren und das sei für die Stadt Übach-Palenberg sehr wichtig, denn sie könne nicht alles alleine leisten. Ein städtischer Mitarbeiter befasse sich derzeit zu 100 % mit Asylangelegenheiten und schaffe die richtigen Rahmenbedingungen. An ein Handeln anhand eines Konzepts sei nicht zu denken. Wie bereits skizziert greife eher das Prinzip „Von der Hand in den Mund“. Primär sei bei der Ankunft von Asylbewerbern wichtig, eine Wohnung/Unterkunft zu finden und Haushaltsgegenstände sowie Kleidung. Die Stadt sei dankbar für jede Unterstützung.

Stadtverordnete Fürkötter fragte, ob der genannte Mitarbeiter alle notwendigen Dinge besorge oder ob dabei auch Ehrenamtler helfen würden.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass der städtische Mitarbeiter von der AWO unterstützt werde.

Sachkundiger Einwohner Gerschel bestätigte die Ausführungen des Bürgermeisters und merkte an, dass auch er gerne eine schriftliche Vorlage mit Informationen gehabt hätte. Er unterscheide zwischen der politischen Ausübung eines Amtes und der gemeinnützigen Arbeit in einem Verein. Es wäre schön gewesen, wenn die Ausschussmitglieder beispielsweise ein Protokoll des „Runden Tisches“ erhalten hätten. Wenn die Politik etwas nach oben kommunizieren wolle, gehe dies nur anhand von Daten und Fakten.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs merkte an, dass er beispielsweise keine

Kenntnis von der Durchführung des „Runden Tisches“ hatte.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass die Verwaltung von dem Tagesordnungspunkt überrascht worden sei. Die Kollegen hätten es aufgrund der Zeitnot nicht geschafft eine Sitzungsvorlage zu erstellen. Er, als zuständiger Dezernent, habe festgelegt, dass die anliegende Praxisarbeit vorgehe.

Stadtverordneter Bildhauer erkundigte sich nach der Zusammensetzung des „Runden Tisches“ und fragte, ob auch Vertreter der Fraktionen zur Teilnahme eingeladen waren.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass er den „Runden Tisch“ einberufen habe und es eine schnelle und kurzfristige Aktion war. Es gab schon viele private Initiativen die zusammengeführt werden mussten. Die Runde habe aus vielen Menschen bestanden, die Positives bewirken wollen. Es sei angedacht, dass sich die Gruppe zukünftig selber trägt und organisiert.

Sachkundige Einwohnerin Lux wies darauf hin, dass der städtische Mitarbeiter Alexander Mainz ein tolles Protokoll zum „Runden Tisch“ geschrieben und per Email an alle Teilnehmer verschickt habe. Sie schlug vor, dieses Protokoll der Niederschrift der Ausschusssitzung als Anlage beizufügen.

Das Protokoll des „Runden Tisches“ ist der Niederschrift als **Anlage 3** (nicht öffentlich) beigelegt.

6 Gründung eines Förderschulzweckverbandes Heinsberg-Gangelt

Stadtverordneter Walther teilte mit, dass die CDU-Fraktion dem Beitritt in einen Förderschulzweckverband prinzipiell befürworte. In Anbetracht der finanziellen Belastungen durch den Beitritt zu diesem Förderschulzweckverband könne sie einem Beitritt zum Förderschulzweckverband Heinsberg-Gangelt jedoch nur zustimmen, wenn die Aufwendungen des Förderschulzweckverbandes ausschließlich nach der Anzahl der Schüler aus den jeweiligen Kommunen umgelegt werden.

Er zitierte den § 19 Abs.1 Satz 3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW):

„Die Umlage soll in der Regel nach dem Verhältnis des Nutzens bemessen werden, den die einzelnen Verbandsmitglieder aus der Wahrnehmung der Aufgaben des Zweckverbandes haben“

Eine teilweise Verteilung der Kosten nach Umlagegrundlagen, so wie im derzeitigen Entwurf, erfülle deshalb nach Ansicht der CDU-Fraktion nicht die Maßstabsgerechtigkeit.

Folglich solle die Stadt Übach-Palenberg umsetzen, dass die anteiligen Kosten am Förderschulzweckverband nur anhand der Schülerzahlen berechnet werden. Er schlug weiterhin eine Ergänzung zur vorliegenden Beschlussempfehlung vor und verlas diese:

„Unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln und unter

dem Vorbehalt, dass die Aufwendungen des Förderschulzweckverbandes gem. § 11 Abs. 3 des derzeitigen Entwurfes ausschließlich nach Schülerzahl umgelegt werden, wird sich die Stadt Übach-Palenberg am Förderschulzweckverband Heinsberg-Gangelt beteiligen.“

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs sagte, dass der Sitzungsvorlage zu entnehmen sei, dass die anderen Städten und Gemeinden der Variante Berechnung nur nach der Schülerzahl nicht zugestimmt haben.

Stadtverordneter Bildhauer sagte, dass für die Schüler mit Förderbedarf grundsätzlich auch ein Anspruch auf Inklusion bestehe. Er fragte nach der Anzahl der betroffenen Schüler im Stadtgebiet und sagte, dass die SPD-Fraktion noch etliche Fragen habe.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass aktuell 16 Schüler betroffen seien.

Stadtverordneter Bildhauer sagte, dass die anderen beteiligten Kommunen und Gemeinden eine ablehnende Haltung gegenüber der Abrechnung anhand der Schülerzahlen hätten. Für die Gründung eines Schülerzweckverbandes werde Geld benötigt, das der Stadt Übach-Palenberg nicht zur Verfügung stehe. Er fragte, warum die Kosten nicht vom Kreis Heinsberg getragen werden.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass wenn es nicht zu der Gründung des Förderschulzweckverbandes kommen würde, der Kreis die Trägerschaft übernehmen würde. Die beteiligten Städte gingen von höheren Kosten aus, wenn die Aufgaben vom Kreis Heinsberg wahrgenommen werden. Die Zweckverbandslösung sei für die Kommunen die günstigere Lösung. Dies sei bei den Gesprächen auch so protokolliert worden.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs forderte eine Berechnung und Gegenüberstellung der anfallenden Kosten je nach Aufgabenwahrnehmung Kreis und Kommunen sowie genauere Informationen.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass aus kaufmännischer Sicht die Umverteilung nur nach Schülerzahl für die Stadt Übach-Palenberg die günstigste Lösung sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs fragte, inwieweit Übach-Palenberg als Standort in Frage käme.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass der Zweckverband Süd neben Übach-Palenberg aus den Kommunen Gangelt, Geilenkirchen, Heinsberg, Selfkant, Waldfeucht und Wassenberg bestehe. Als Standorte seien Heinsberg und Gangelt vorgesehen. Es werde eine Schule geben, die aus zwei Standorten besteht, Heinsberg werde Hauptstandort, Gangelt Teilstandort. Übach-Palenberg habe nicht ausreichend Kapazitäten um Standort zu werden.

Sachkundiger Einwohner Gerschel fragte, was passieren würde, wenn Übach-Palenberg dem Förderschulzweckverband nicht beitrete?

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass Übach-Palenberg dann nicht dem För-

derschulzweckverband angehöre und folglich auch keine Kosten mittrage. Man könne davon ausgehen, dass es eine hohe Inklusionsquote in Übach-Palenberg geben würde. Die Förderschüler aus Übach-Palenberg könnten sich trotzdem an den Förderschulen im Kreis Heinsberg anmelden. Er verwies auf das Schulgesetz, nach dem die Schulträger die Kosten tragen müssen. In diesem Fall sei es der Förderschulzweckverband. Er machte darauf aufmerksam, dass die Stadt Übach-Palenberg damals als Schulträger auch die Kosten auswärtiger Förderschüler übernehmen musste.

Stadtverordnete Fürkötter fragte, ob die Stadt Übach-Palenberg sich die Kosten für diese freiwillige Maßnahme als Stärkungspaktkommune erlauben könne?

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass bereits Gespräche mit der Bezirksregierung stattgefunden hätten und diese die Bildung eines Förderschulzweckverbands befürworte. Diese Meinung vertrete auch der Landrat als untere Aufsichtsbehörde. Er wies darauf hin, dass die Bildung eines Förderschulzweckverbands dennoch eine freiwillige Maßnahme sei, die entsprechend im Haushaltssanierungsplan abgebildet werden müsse. Als Gegenfinanzierung sei die Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Punkte notwendig.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs fragte, warum die Stadt Übach-Palenberg dem Förderschulzweckverband beitreten sollte, wenn die Schüler auch bei Nichtbeitritt den Förderschulen zugewiesen würden.

Bürgermeister Jungnitsch äußerte die Vermutung, dass die anderen Kommunen und Gemeinden einem Förderschulzweckverband nicht beitreten würden, wenn Übach-Palenberg nicht beitrete. Dies hätten die anderen Kommunen bereits signalisiert.

Stadtverordnete Fürkötter teilte mit, dass sie noch viele Fragen habe, die sie gerne schriftlich beantwortet hätte und schlug vor, die Entscheidung an den Rat zu vertagen.

Stadtverordneter Bildhauer forderte bis zur Ratssitzungen über die Nachteile eines Nichteintritts schriftlich informiert zu werden, damit das Thema innerhalb der Fraktionen erneut diskutiert werden könne.

Bürgermeister Jungnitsch sagte zu, dass das Fachamt nach der Ausschusssitzung mit den zuständigen Stellen kommunizieren werde, damit die Fraktionen weitere Informationen erhalten.

Stadtverordneter Walther wies darauf hin, dass die weitere Beratungsfolge Haupt- und Finanzausschuss und Rat seien. Folglich müsse man den Tagesordnungspunkt auch im Haupt- und Finanzausschuss vertagen und von der Tagesordnung runternehmen.

Bürgermeister Jungitsch erklärte, dass es Aufgabe des Haupt- und Finanzausschusses sei, den Tagesordnungspunkt abzusetzen bzw. ohne Beschlussempfehlung

lung an den Rat zu vertagen.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs hielt fest, dass es scheinbar noch Beratungsbedarf gebe. Weiterhin bat er darum, Berechnungsbeispiele zu den Kosten, die bei Anwendung des Schulträgerprinzips entstünden und zu den Kosten die bei der Anwendung des Wohnortprinzips entstünden zu erhalten.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

7 Senioren- und Behindertenbeirat - Bericht der Verwaltung über den aktuellen Sachstand und die weitere Vorgehensweise

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass die ehemalige Vorsitzende des Senioren- und Behindertenbeirats der Stadt Übach-Palenberg, Frau Astrid Peters, im Dezember letzten Jahres seitens des Fachbereichs 4 zu einem Gespräch über die Weiterführung des Senioren- und Behindertenbeirats eingeladen wurde. Zu diesem Treffen sei ein Aktenvermerk verfasst worden. Er verlas den Aktenvermerk, der der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt ist.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs erkundigte sich nach der weiteren Vorgehensweise.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass die ehemalige Vorsitzende des Senioren- und Behindertenbeirats gerne einen „Seniorenkreis Übach-Palenberg“ bedarfsorientiert in lockerem Rahmen ohne Pflichten und Zwänge der Satzung weiterführen würde.

Stadtverordneter Wörthmann sagte, dass er der Einschätzung und Auffassung der ehemaligen Vorsitzenden widersprechen müsse. Er habe das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Senioren- und Behindertenbeirats inne gehabt und habe Frau Peters des Öfteren vertreten. Er habe sie mehrfach angesprochen, da er den Bedarf an Treffen und Sitzungen gesehen habe, jedoch habe es nie eine Reaktion darauf gegeben. In der Vergangenheit habe es die Verpflichtung des Beirates gegeben, jährlich einen Bericht an den Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales abzugeben. In den letzten 1 ½ Jahren habe man dies jedoch versäumt.

Laut Satzung des Senioren- und Behindertenbeirats müsse die Verwaltung nach Ablauf der Wahlperiode alle Vereine ansprechen, um 20 Personen zu finden, die den Beirat bilden. Er selber dürfe leider nicht mehr in den Senioren- und Behindertenbeirat gewählt werden, da er nun Mitglied des Stadtrates sei. Seiner Meinung nach müsse der Fachbereich 4 aktiv werden und die Vereine anschreiben.

Bürgermeister Jungnitsch sagte, dass man nach vorne schauen müsse. Er schlug vor, dass der Fachbereich 4 alle Vereine anschreibt und die Wahl des Senioren- und Behindertenbeirates vorbereitet und diese anschließend gemäß der Satzung durch-

geführt wird. Die Verwaltung werde die Ausschussmitglieder in der nächsten Ausschusssitzung über die Ergebnisse informieren.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs bat den Vertreter der Presse, Herrn Mönch, um Unterstützung bei der Suche nach neuen Mitgliedern für den Senioren- und Behindertenbeirat. Er bat ihn zu berichten, dass die Stadt neue Mitglieder sucht.

Sachkundiger Einwohner Gerschel fragte, ob kein neuer Senioren- und Behindertenbeirat gebildet werden könne, wenn keine 20 Mitglieder gefunden werden.

Seitens der Verwaltung wurde erklärt, dass der Beirat sich laut Satzung aus jeweils 10 SeniorenvertreterInnen und 10 BehindertenvertreterInnen zusammensetze.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs erkundigte sich nach formellen Vorgaben der Satzung, die für die Arbeit des Senioren- und Behindertenrates hinderlich gewesen seien.

Stadtverordneter Wörthmann erklärte, dass der Beirat bei allen die Senioren oder Behinderten betreffenden Fragen gehört werden soll, insbesondere in den Bereichen, in denen die Belange und Interessen der Senioren oder Menschen mit Behinderung in besonderer Weise betroffen sind. Daher habe die Vorsitzende auch Einladungen zu Ausschusssitzungen erhalten, bei denen die Senioren und Behinderten betreffende Themen diskutiert worden. Leider habe man dort dann nach einer Satzungsänderung im Jahr 2013 kein Rederecht mehr gehabt. Er habe jedoch in der Angelegenheit Rederecht mit jemandem vom Kreis Heinsberg gesprochen und erfahren, dass laut der Gemeindeordnung ein zusätzlicher sachkundiger Bürger seitens des Beirats nominiert werden könnte, der dann auch ein Rederecht habe.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs sagte, dass er es generell als Bereicherung sehe, wenn sich der Senioren- und Behindertenbeirat bei relevanten Themen einbringen könne.

Stadtverwaltungsrat Schröder erklärte, dass im Jahr 2013 eine Satzungsänderung vom Rat der Stadt Übach-Palenberg beschlossen wurde, da die Regelung bezüglich der Gleichstellung der Vorsitzenden mit der Funktion des sachkundigen Einwohners gegen die Gemeindeordnung NRW verstoßen habe. Ein Rederecht per Satzung bzw. die Gleichstellung mit einem sachkundigen Einwohner sei nicht zulässig. Dies sei damals ausführlich geprüft worden. Ein Vertreter des Senioren- und Behindertenrates dürfe laut Gemeindeordnung NRW nur an Sitzungen teilnehmen und mitdiskutieren, wenn er als sachkundiger Bürger oder Einwohner vom Rat separat bestellt wäre. Es bestehe lediglich die Möglichkeit, dass der Ausschuss den Senioren- und Behindertenbeirat bei ihn betreffenden Fragen anhören könne.

Sachkundiger Einwohner Gerschel gab zu bedenken, dass der sachverständige Bürger für Denkmalschutz im Bauausschuss jedoch ein Rederecht habe.

Stadtverwaltungsrat Schröder antwortete, dass dies eine spezialgesetzliche Regelung sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs sagte abschließend, dass man sich zuerst mit der neuen Bildung eines Senioren- und Behindertenbeirats befassen solle und nach der Einberufung als nächsten Schritt das Rederecht thematisieren könne.

8 Bericht über den städtischen SeniorensShownachmittag 2014 sowie Festlegung des Veranstaltungstermins für das Jahr 2015

Stadtverwaltungsrat Schröder erklärte, dass der SeniorensShownachmittag 2014 vom Fachbereich 1 Allgemeine Verwaltung und dem Kulturbüro organisiert worden sei. Der Fachbereich 1 sei federführend für die Organisation der Veranstaltung zuständig und das Kulturbüro für das Programm. Der Sitzungsvorlage habe man als Anlage einen Bericht mit ausführlichen Informationen zur Kostensituation und der Teilnehmerzahl (363 Besucher) beigelegt. Auch die Ergebnisse der durchgeführten Umfrage habe die Verwaltung in den Bericht einfließen lassen. Der SeniorensShownachmittag sei bei der Mehrheit der Besucher sehr gut angekommen. Die Frage „Wie stellen Sie sich den Seniorennachmittag in der Zukunft vor?“ sei von 65 Prozent der Befragten mit einem vielseitigen Showprogramm mit zwei Freigetränken in der Pause und ohne Getränke und Speisen während der Veranstaltung beantwortet worden. Die Verwaltung schlage daher vor, wie im letzten Jahr zu verfahren und auch im Jahr 2015 den Seniorennachmittag in Form einer Show durchzuführen.

Stadtamtsinspektorin Waliczek sagte, dass das Programm des ersten SeniorensShownachmittags sehr gut bei den Besuchern angekommen sei. Die Kommentare aus der Umfrage zeigen, dass die Stadtverwaltung auf dem richtigen Weg sei. Sie gab die Programmpunkte des SeniorensShownachmittags 2014 wieder und fasste zusammen, dass es ein schöner Nachmittag mit einem bunt gemixten Programm gewesen sei. Langeweile sei an diesem Nachmittag nicht aufgekommen, da für jeden Besucher ein passender Programmpunkt dabei gewesen sei.

Stadtverordneter Wörthmann bestätigte, dass das Programm klasse gewesen sei und die Besucher hervorragend unterhalten worden seien. Leider habe es auch gegenteilige Stimmen gegeben, denen Kaffee und Kuchen fehlten. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, dass viele Senioren erst gar nicht an der Veranstaltung teilgenommen haben. Er unterstütze jedoch den Vorschlag der Verwaltung, es noch einmal mit dem Konzept des letzten Jahres zu versuchen.

Stadtamtsinspektorin Waliczek berichtete, dass sie die Skepsis gegenüber der neuen Form der Seniorennachmittage leider auch bei ihrer Schwiegermutter und deren Freundes- und Bekanntenkreis feststellen musste. Viele Freundinnen und Bekannte ihrer Schwiegermutter hätten sich gegen die neue Form des Seniorennachmittags ausgesprochen und keine Eintrittskarten gekauft. Nachdem der neue SeniorensShownachmittag jedoch so gut bei den Besuchern angekommen sei, hätten sich die Damen geärgert und beschlossen, am nächsten Seniorennachmittag wieder teilzunehmen. Sie persönlich gehe davon aus, dass in diesem Jahr einige Senioren, die letztes Jahr nicht teilgenommen haben, an der Veranstaltung teilnehmen werden, da die Reaktionen der Besucher so gut waren.

Stadtverordnete Fürkötter berichtete, dass sie die Seniorennachmittage viele Jahre lang besucht habe. Am SeniorensShownachmittag im letzten Jahr habe sie leider nicht teilnehmen können und könne diesen daher nicht beurteilen. Sie habe die Entwicklung der Seniorennachmittage jedoch schon länger verfolgt und könne daher sagen, dass sie mit dem Konzept vor der Umstellung sehr zufrieden gewesen sei. Sie könne

deshalb verstehen, dass viele Senioren an dem altbewährten Konzept festhalten wollen.

Stadtamtsinspektorin Waliczek sagte, dass sie vor der Umstellung des Konzepts auf einen Shownachmittag auch etwas Bauchgrummeln gehabt habe. Das Konzept mit dem gemeinsamen Kaffee trinken und Kuchen essen sei altbewährt und in den Köpfen der Senioren verankert, eine Umstellung sei folglich schwierig. Die Verwaltung habe jedoch keine andere Wahl gehabt, als das Konzept des Seniorennachmittags zu ändern. Man habe den Schritt gewagt und die Umfrage sowie die Rückmeldungen der Besucher am Veranstaltungstag haben bescheinigt, dass der Shownachmittag gut angekommen sei.

Stadtverordneter Lux berichtete, dass der SeniorensShownachmittag wunderschön gewesen sei. Senioren aus den Stadtteilen Boscheln und Scherpenseel haben jedoch bemängelt, dass es keinen Bustransfer zum Pädagogischen Zentrum gegeben habe. Er fragte, ob die Verwaltung mithilfe von Sponsoren einen Fahrservice einrichten könnte.

Stadtverwaltungsrat Schröder erklärte, dass es in der Vergangenheit einen Bustransfer zum Pädagogischen Zentrum gegeben habe, der kostentechnisch schon im Eintrittspreis enthalten gewesen sei. Der Transfer sei jedoch im Rahmen der Sparmaßnahmen eingestellt worden. Vorab habe die Verwaltung die Auslastung der Busse kontrolliert und festgestellt, dass die Busse nicht gut genutzt worden und teilweise fast leer gefahren seien. Aufgrund der Haushaltssituation der Stadt Übach-Palenberg werden viele Veranstaltungen und Maßnahmen von Sponsoren gegenfinanziert. Es sei schwierig neue Sponsoren zu finden und darüber hinaus habe man auch einen Punkt erreicht, an dem man die vorhandenen Sponsoren nicht überstrapazieren könne. Die Stadt Übach-Palenberg sehe daher keine Möglichkeit zu einer tragfähigen Finanzierung des Bustransfers und hoffe auf das private Engagement der Besucher durch Fahrgemeinschaften oder die Hilfe von Familienangehörigen und Nachbarn.

Sachkundiger Einwohner Gerschel fragte, ob man nicht die städtischen Kleinbusse für den Transfer einsetzen könnte. Desweiteren erklärte er, dass er aufgrund der Erfahrungen der Teilnehmer, der Berichte und der Umfrage davon ausgehe, dass in diesem Jahr mehr Senioren an dem Shownachmittag teilnehmen werden. Kritisch merkte er an, dass die Senioren, die den Shownachmittag nicht besucht haben, als schweigende Mehrheit nicht in der Umfrage auftauchen.

Stadtverwaltungsrat Schröder sagte, dass die Verwaltung die Anregung bezüglich der Stadtbusse gerne aufnehme und die Umsetzung prüfen werde.

Stadtverordnete Czervan-Quintana Schmidt sagte, dass sie die Veranstaltung sehr gelungen fand. Als Verbesserung schlug sie vor, statt zwei Freigetränken ein Freigetränk und ein Handgebäck anzubieten.

Stadtverwaltungsrat Schröder sagte, dass die Verwaltung diese Idee gerne berücksichtigen werde.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs sagte, dass sich der Ausschuss vor der Veranstaltung sicherlich noch einmal mit dem SeniorensShownachmittag beschäftigen werde.

Stadtamtsinspektorin Waliczek berichtete, dass sie in der nächsten Ausschusssitzung am 27. Mai das Programm vorstellen werde. Sie suche derzeit noch Künstler und stoße dabei auf die altbekannten Probleme. Es sei nach wie vor schwierig, Künstler zu finden, die gute Referenzen haben und gleichzeitig auch in den finanziellen Rahmen passen. Ortsansässige Vereine müssten aufgrund des Termins in den Herbstferien und der Reisezeit meistens absagen. Sie sei sich jedoch sicher, dass sie bis zur Mai-Sitzung wieder ein ansprechendes Programm zusammenstellen könne.

Stadtverwaltungsrat Schröder wies darauf hin, dass die Beschlussempfehlung bezüglich des Termins erweitert werden müsse. Er verlas die neue Beschlussempfehlung: „Im Jahr 2015 findet der städtische SeniorensShownachmittag am 14. oder am 15.10.2015 statt.“ Grund für die Erweiterung sei die noch laufende Künstlerakquise und die noch ausstehenden Rückmeldungen. Entsprechend der Rückmeldungen der Künstler werde dann der 14. oder der 15.10.2015 als Veranstaltungstag festgelegt. In der Mai-Sitzung werde die Verwaltung dann bekannt geben, welcher Tag es werde.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Im Jahr 2015 findet der städtische SeniorensShownachmittag am 14. oder am 15.10.2015 statt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

9 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

10 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Stadtamtsinspektorin Waliczek berichtete dem Ausschuss über zwei anstehende große Events in Übach-Palenberg, die 5. Übach-Palenberger Familientage und den Internationalen Musikgarten.

Der Internationale Musikgarten findet am 21.06.2015 auf dem Rathausplatz statt. Partner der Veranstaltung ist die Kreissparkasse Heinsberg. Die Kunststiftung der Kreissparkasse Heinsberg feiert im Jahr 2015 ihr 25-jähriges Bestehen. Im Rahmen dieses Jubiläums wird in allen kreisangehörigen Städten eine Veranstaltung stattfinden. Diese muss laut Statuten international sein. In Übach-Palenberg tritt beispielsweise eine türkische Tanzgruppe auf sowie eine Gruppe aus dem Elsass, um die Statuten zu erfüllen. Das Datum, der 21.06.2015, wurde von der Kreissparkasse Heinsberg vorgegeben und auch sonst seien seitens des Hauptsponsors viele Vorgaben gemacht worden. Daher habe sie den Ausschuss nicht stärker einbinden können und könne nur über die anstehende Veranstaltung berichten.

Die 5. Übach-Palenberger Familientage (ÜPF) finden am 30./31.05.2015 im Ü-Bad statt. Das Konzept sowie der Ort und das Veranstaltungsdatum haben sich bewährt, Ende Mai hat man eine gute Wettergarantie. Erfreulicherweise wird die Stadt Übach-Palenberg wieder von den Hauptsponsoren der NEW/west Energie und Verkehr und der Kreissparkasse Heinsberg unterstützt. Neben den Sponsoren gelte ihr Dank auch wieder den Helfern aus der Vereinswelt, die wieder tatkräftig beim ÜPF mithelfen. In den vergangenen Jahren habe man bisher immer eine Zahl von fast 5000 Besuchern erreicht, was für die Attraktivität der Veranstaltung spreche. Mehr Besucher seien leider auch laut Sicherheitskonzept für das Ü-Bad nicht zulässig. Sie stellte den Ausschussmitgliedern die altbewährten Attraktionen wie „Hau den Lukas“ und „Lauf auf dem Wasser“, aber auch die neuen Attraktionen wie „jump & Slide oder die „Crazy Bumper Balls“ vor und sagte abschließend, dass sie gerne noch Anregungen der Ausschussmitglieder aufnehme und in das Gesamtkonzept einplane.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs fragte die Ausschussmitglieder, ob es Anregungen für das ÜPF gebe.

Dies war nicht der Fall.

Anfragen der CDU-Fraktion:

Sachkundiger Bürger Kohnen thematisierte die Ausfallstunden an Schulen und erkundigte sich, ob es seitens der Schulen oder der Stadt Übach-Palenberg Erhebungen gebe.

Schulleiterin Schaffrath erklärte, dass es an der GGS Frelenberg ein schulinternes Vertretungskonzept gebe. Die Schule sei verpflichtet Möglichkeiten zu finden, um Unterrichtsausfall zu vermeiden. Man probiere die Unterrichtsvertretung auf hohem Niveau zu gestalten, jedoch seien zwangsläufig Einschnitte in der Qualität des Unterrichts nicht zu verhindern. Allgemein gebe es an allen Schulen unterschiedliche Rahmen und Vertretungsregelungen. Solange die Krankheitsquote der Lehrer an der Schule nicht zu hoch sei, könne der meiste Unterrichtsausfall vermieden werden.

Schulleiterin Krottenmüller sagte, dass der Unterrichtsausfall ihrer Meinung nach in der Zukunft zunehmen werde. Es stünden immer weniger Lehrer zur Verfügung. Aufgrund des Lehrerstreiks stünden ihr beispielsweise 30 % weniger Lehrer für den Zeitraum des Streiks zur Verfügung und so sei Unterrichtsausfall vorprogrammiert. Bezogen auf die Hauptschule in Boscheln halte sich der Unterrichtsausfall aufgrund von Krankheit momentan in Grenzen.

Schulleiterin Hanrath berichtete, dass es an der Realschule leider viel Unterrichtsausfall gebe. Sie habe derzeit zwei dauerkranke Lehrer und eine Lehrerin in Erziehungsurlaub. Sie thematisierte die Regelung, dass eine Schule erst einen Anspruch auf eine Aushilfe aus dem Vertretungslehrerpool des Landes habe, wenn der/die Lehrer/in für mindestens vier Wochen krankgemeldet ist. Da die Krankmeldung jedoch oftmals nicht direkt für vier Wochen sei und man schlecht einschätzen könne, ob eine Krankschreibung verlängert wird, sei es schwierig die Vertretung zu organisieren. An der Realschule seien beispielsweise 4 Klassen ohne Sportunterricht, da

Personal fehle. Erst nach langer Zeit habe sie die Vertretungsstelle ausschreiben können und Ersatz bekommen. Abschließend sagte sie, dass es an der Schule keine konkreten Erhebungen gebe, die den Unterrichtsausfall dokumentieren.

Sachkundiger Bürger Kohnen bezog sich auf einen Leserbrief in der Geilenkirchener Zeitung zur Schulsozialarbeit und fragte, ob die Stadtverwaltung die Auslastung der Schulsozialarbeiter im Stadtgebiet anhand von Zahlen oder Fällen darlegen könne.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs fragte, was sachkundiger Bürger Kohnen genau unter Auslastung verstehe.

Sachkundiger Bürger Kohnen erklärte, dass zuletzt im Jahr 2012 im Ausschuss für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration über die Umsetzung der Schulsozialarbeit berichtet wurden. Ihn interessiere was seitdem an den Schulen im Rahmen der Schulsozialarbeit stattgefunden habe und wie die bisherige Praxiserfahrung aussehe.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass er diese Frage leider nicht beantworten könne. Die eingesetzten Schulsozialarbeiter seien bei der AWO service gGmbH angestellt, ihm lägen keine Informationen vor.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs gab die Frage an die anwesenden Schulleiter/innen weiter.

Schulleiterin Hanrath berichtete, dass an der Realschule Frau Eberts als Schulsozialarbeiterin tätig sei. Sie habe beispielsweise bei der Abrechnung der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets geholfen. Dies sei sehr hilfreich, da die Lehrer mit den verschiedenen Anträgen nicht unbedingt vertraut seien. Desweiteren habe Frau Eberts beim Sozial- und Kommunikationstraining der Schüler mitgearbeitet und Schüler mit Problemen betreut und weitervermittelt. Sie sei sehr traurig darüber, dass diese Unterstützung zukünftig weg falle.

Auch die Vertreter der anderen Schulen teilten mit, dass die Schulsozialarbeiter eine wichtige Stütze für Schulen seien. Man sei entsetzt, dass die Schulsozialarbeit in Zukunft wegfallen soll.

Sachkundiger Bürger Kohnen sagte, dass er gerne einen Bericht der AWO zur Auslastung der Schulsozialarbeiter hätte.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass er diese Bitte weiterleiten werde.

Anfrage der SPD-Fraktion:

Stadtverordnete Fürkötter sagte, dass sie zu diesem Thema auch noch eine Anfrage an die Verwaltung habe. Am 04.03.2015 erschien ein Artikel in der Geilenkirchener Zeitung in dem berichtet wurde, dass der Kreisausschuss einstimmig beschlossen habe, die Schulsozialarbeit fortzusetzen und die Fördermittel des Landes abzurufen. Übach-Palenberg habe laut Artikel als einzige Kommune kein Interesse daran

gezeigt, die Schulsozialarbeit fortzusetzen. Als Grund dafür sei die Eigenbeteiligung in Höhe von 40 Prozent genannt worden. Sie sei sehr verwundert, dass der Ausschuss bei dieser wichtigen Entscheidung nicht involviert wurde. Sie appellierte an die Stadtverwaltung, die 40 % Eigenanteil zu leisten, da die Schulsozialarbeit wichtig sei.

Bürgermeister Jungnitsch stellte klar, dass es falsch sei zu sagen, dass die Stadt Übach-Palenberg kein Interesse daran habe, die Schulsozialarbeit weiterzuführen. Er erklärte, dass ursprünglich die Schulsozialarbeit zu 100 % finanziert und somit die Kommunen „angefüttert“ wurden. Jetzt übernehme das Land jedoch nur noch 60 % der Kosten, 40 % müssten die Kommunen als Eigenanteil selber bezahlen. Für die Stadt Übach-Palenberg hieße dies in Zahlen 78.000 Euro pro Jahr. Als Stärkungspaktkommune müsse die Stadt Übach-Palenberg eine Gegenfinanzierung des Betrags vorweisen. Er habe mit dem Kämmerer Gespräche geführt, es gebe keinen Deckungsvorschlag, eine Gegenfinanzierung sei nur durch die Erhöhung der Grundsteuer B um zwölf Punkte möglich. Dies wolle die Stadt den Bürgern nicht zumuten. Desweiteren teilte er mit, dass die SPD-Fraktion auch schon einen entsprechenden Antrag zum Thema Schulsozialarbeit gestellt habe, dieser werde ausführlich in der nächsten Ratssitzung behandelt.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs sagte, dass ihm eine andere Information der Bezirksregierung vorliege. Das Land NRW habe für Stärkungspaktkommunen eine besondere Regelung ausgearbeitet. Er persönlich freue sich darüber, dass der Kreis Heinsberg die Fördermittel des Landes abrufe.

Bürgermeister Jungitsch erklärte, dass er nur wiedergeben könne, was ihm berichtet wurde, alles andere sei spekulativ. Ausschussvorsitzender Dr. Derichs müsse zwischen Stärkungspaktkommunen und Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept differenzieren.

Stadtverordnete Fürkötter fragte, warum der Ausschuss nicht mit der Angelegenheit betraut wurde.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass die Maßnahme nicht im Haushalt abgebildet sei und es daher leider keinen Spielraum für Diskussionen gebe.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs schloss um 19.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dr. Derichs
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin